heim!

offe
idchen, 90 cm breit, Mtr. 1.7.
chöne schwere Qua- Mtr. 3.80, 2.9.
reifen, hell u. dunkel, eit, Mtr. 6.50, 5.50, 4.5.
en Mtr. 2.9.
90 cm breit, reine Mtr. 3.8.
105 cm breit, reine Mtr. 5.8.
reine Wolle, 130 cm Mtr. 3.9.
u beige, marine und cm breit, Mtr. 5.8.
nd schwarz, 140 cm Mtr. 8.5.
Mtr. 7.5.
, 130 cm breit Mtr. 7.50, 6.9.
angewebtem Futter, Mtr. 8.9.

cher
em Band, 12 Stück 95 ₰
6 Stück 95 ₰
unter Häckelborde t . 35. 25. 20 ₰
chhaltiger Stickerei dgenäht 3 Stück 1.50
mit Hohlsaum Stück 35 ₰
mit Hohls. u. reich. t. 1.20, 90, 70, 45, 28 ₰
olltuch Stück 50, 40, 30 ₰
nter Kante Stück 50, 45, 35 ₰
pleinen, mit hand- Buchstaben Stück 1.2.
pleinen, schöne Stück 1.20, 1.—, 95 ₰
Leinen, mit Hohl- Stück 1.95, 1.70, 1.4.
atin u. Jaconnet, gr. hill. St. 1.10, 70, 50, 40 ₰

n usw.
Muster, in vielen Le- 3.50, 2.95, 2.45, 1.95
Leder, große Auswahl 8.50, 7.35, 6.95, 5.25
rmen 12.50, 10.75, 8.25
1.85, 1.60, 1.35, 1.00
3.95, 3.50, 2.95, 2.50
, Handschuhe 1.95, 1.65, 1.25
3.75, 3.—, 2.25, 1.75
chen aus gestreiftem und antikem 3.95, 3.50, 2.95, 2.50
er, schwarz u. braun, arb. 9.50, 8.—, 6.50, 5.95
nit und ohne Außen- 1.—, 85, 75, 55 ₰
gelinchen, für Knaben 4.95, 4.—, 3.75
d braun, für Knaben 10.—, 8.75, 7.—, 5.95

rtikel
zwei Kragen 5.50, 3.95
und ter Manschette 8.50, 6.90
2 Kragen 9.75, 8.25, 6.75
2 Kragen 6.50
mmuster 12.75
3 Stück 95 ₰
75 ₰
1.25, 95, 75 ₰
5 ₰, 75 ₰, 65 ₰, 45 ₰
Farben 7.50, 6.50, 5.95
derpatten 1.25, 75 ₰, 60 ₰
mit Sockenhalter und at 3.95

tplatz

Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeld. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 295. | Neuenbürg, Montag, den 15. Dezember 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 13. Dez. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung alsbald dahin zu wirken, daß die am 31. Dezember 1924 ablaufenden Ausschlußfristen der Aufwertungsverordnung (Dritten Steuernotverordnung) bis zum 1. April 1925 erstreckt werden.

Bad Dürkheim, 13. Dez. Wie das Bürgermeisteramt mitteilt, wird ab 15. Dezember die Delegation der interalliierten Rheinlandskommission für den Bezirk Dürkheim aufgelöst und dem Bezirk Neustadt angegliedert werden. Für Paßangelegenheiten und sämtlichen Verkehr mit der Rheinlandskommission ist künftig die Delegation in Neustadt zuständig.

Bochum, 13. Dez. Die Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter fügt seinem ablehnenden Beschluß eine längere Erklärung bei, in der er darlegt, daß der Zwangsschiedsspruch gegenüber dem Schiedsspruch vom 25. November schlechtere Bedingungen enthalte. Auch seien für die Bergleute in den südlichen Randzechen weitere Verschlechterungen eingetreten. Die Lohnerhöhung des Schiedsspruchs könne unter keinen Umständen als ausreichend angesehen werden.

Berlin, 13. Dez. Wie die Abendblätter mitteilen, hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann sich zur Erholung in ein außerhalb Berlins gelegenes Sanatorium begeben. Dr. Stresemann leidet an einer Grippe, an der er während der letzten Tage des Wahlkampfes erkrankt ist. Der Aufenthalt im Sanatorium soll etwa eine Woche dauern.

Dresden, 12. Dez. In der heutigen Plenarsitzung des sächsischen Landtages betonte Finanzminister Reinhold bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Ermäßigung der Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer, daß die Finanzminister aller Länder es jetzt für ihre Pflicht hielten, mit Steuerermäßigung zur Erleichterung der Wirtschaft hervorzutreten. Besonders solle dahin gestrebt werden, die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität herabzusetzen. Weiter hätten sich die deutschen Finanzminister verpflichtet, im Rahmen des möglichen auch auf die Senkung der Reichssteuern hinzuwirken. Die sächsische Regierung werde ferner darauf hinarbeiten, daß die Steuerselbständigkeit der Länder wieder hergestellt, zum mindesten aber den Ländern und Gemeinden die Zuschlagsmöglichkeit wiedergegeben werde.

Aus dem Finanzausschuß.

Stuttgart, 12. Dez. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses machte zunächst der Vorsitzende, Abg. Bock (Ztr.), darauf aufmerksam, daß der Vorstand des städt. Wohnungsamts Stuttgart sich bei ihm darüber beschwert habe, daß in der vorgestrigen Sitzung die Wohnungsämter der Bestechlichkeit geziehen seien. Ein demokratischer Abgeordneter stellte demgegenüber fest, daß ein solcher Vorwurf nicht erhoben worden sei, vielmehr habe es sich um Fälle gehandelt, wo Schmiergelder an Hausbesitzer und sonstige Wohnungsinhaber gezahlt worden seien. Hierauf wurde in die Beratung über das Kapitel Polizeiverwaltung fortgefahren. Ein sozialdemokratischer Redner nahm eingehend zu den württembergischen Polizeiverhältnissen Stellung; er bezeichnete die Art, wie die Polizei vielfach gegen die Kommunisten vorgehe, als nicht erwünscht. Einzelne Polizeibeamte und Richter seien zu parteimäßig eingestellt. In manchen Gemeinden seien zuviel Polizeiorgane vorhanden. Die blaue und grüne Polizei müsse gleichmäßig besoldet werden. Der Redner brachte sodann noch einige Einzelbeschwerden vor. Minister Bolz erklärte, daß die Wäscheanstände in den Strafanstalten beseitigt würden. An einen Abbau der Polizei in den Gemeinden im Lande draußen könne er nicht herangehen. Auf tausend Personen komme im Durchschnitt ein Polizist. Er werde weiterhin auf die ausgleichende Regelung der Bezahlung der Gemeindepolizei im Sinne des Berichterstatters Dr. Schermann und der weiteren Redner hinwirken. Hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse der Polizeiorgane gibt der Minister eingehende Aufklärung, soweit die Stuttgarter Polizeiverhältnisse in Frage kommen. Darnach erhält ein lediger Polizeischüler neben freier Kost und Unterkunft zwei Mark pro Tag. Ledige Polizeiorgane in der Besoldungsgruppe 2 ebenfalls neben freier Kost und Verpflegung 2,67 Mk., in der Gruppe 3 2,75 Mk., in Gruppe 4 3,20 Mk., in Gruppe 5 4,07 Mk., in Gruppe 6 5 Mk. pro Tag, immer neben freier Kost und Unterkunft. Polizeipräsident Klaiber ging auf die vorgebrachten Klagen im Einzelnen ein und wies vielfach auf Grund der Akten die mangelnde Berechtigung derselben nach. An der Hand von Küchenzetteln legte er dar, wie die Gefangenenkost beschaffen ist und wie die Kostverhältnisse immer wieder nachgeprüft werden. Der Polizeipräsident bestreitet entschieden, daß bei der Polizei irgend ein Lockspitzelwesen besteht; er würde so etwas nie dulden. Sodann kam der Polizeipräsident auf die Tscheka zu sprechen und gab über die Kommunisten Diener und Köberle an Hand der Akten Aufschluß. Hinsichtlich des polizeilichen Vorgehens auf dem Cannstatter Volksfest schilderte der Polizeipräsident an Hand der Akten die gewaltsame Räumung des Volksfestplatzes. Das Volksfest habe zunächst einen nie gekannten Andrang des Publikums gebracht. Abends um 9 Uhr sollte das Fest jeweils beendigt sein und der Platz geräumt werden. Die Polizei hatte Anweisung, Geduld zu zeigen und sie habe diese Geduld in reichstem Maße geübt. Sie sei beinahe eine Stunde lang mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Unter hervorragender Mitwirkung von Reichswehrsoldaten habe sich aber das Publikum immer und immer wieder gegen die Polizei gewandt und diese mit Dreck und mit anderen Gegenständen beworfen. Zuletzt sei ein Reichswehrsoldat mit blanker Waffe auf einen Polizisten losgegangen und habe diesen niedergeschlagen. Das Publikum sei gegen die ganze Polizeikette angestürmt, da habe die Polizei vorgehen müssen. Auf Grund eingehendster Prüfung der Verhältnisse könne er das Vorgehen der letzteren nicht beanstanden. Die Polizei habe pflichtgemäß gehandelt, indem sie lange ruhig blieb und alle friedlichen Mittel anwandte, um den Platz zu räumen; als es notwendig wurde, sei sie energisch vorgegangen. Ein Zentrumsredner erklärte, daß die württ. Polizei im großen Ganzen auf der Höhe ihrer Aufgabe stünde. Einzelne Mißgriffe kämen auch außerhalb der Polizei immer wieder vor. Das Innenministerium und die ihm unterstellten Polizeiorgane hätten es verstanden, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Es sei richtiger, Aufstände und Bewegungen im Keime zu ersticken, bevor hunderte von Menschen durch sie unglücklich gemacht würden. Der Kommunismus sei eine Bewegung des organisierten Hochverrats. Eine Partei, die von 483 Reichstagsabgeordneten nur 45 stelle, habe kein Recht, gewaltsam das ganze übrige Volk unter die kommunistische Diktatur zu zwingen. Der sozialdemokratische Innenminister Severing sei im preußischen Abgeordnetenhaus genau so angegriffen worden wie Minister Bolz im württembergischen Landtag. Redner der Bürgerpartei und der Demokraten schlossen sich im wesentlichen diesen Ausführungen an. Die Redner brachten noch Einzelwünsche vor. Minister Bolz gab eingehend Aufschluß über die württembergische Kraftverkehrsgesellschaft, die privat und keine Staatsunterstützung mehr erhalte. Er sei über die Art der Geschäftsführung der Gesellschaft nicht sonderlich erbaut, weil die von der Regierung gestellten Auflagen noch nicht erfüllt worden seien. Neuerdings habe sich die Haltung der Gesellschaft gebessert. Ein Redner der Deutschen Volkspartei anerkannte ebenfalls, daß die Polizei im großen Ganzen sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt habe, auch bei Räumung des Volksfestplatzes. Dann folgte eine lange Rede eines kommunistischen Abgeordneten, der alte und neue Einzelfälle im Vorgehen der Polizei gegenüber den Kommunisten bespricht. Der Kommunismus habe die Aufgabe, den heutigen kapitalistischen Klassenstaat mit den Mitteln der Gewalt zu beseitigen. — Samstag morgen 9 Uhr Fortsetzung.

Gegen die Zerstörung der Zeppelinwerft!

Der Deutsche Volksbund „Rettet die Ehre" Zentrale Bremen, hat an sämtliche Regierungen der Welt eine Eingabe in vier Sprachen nachstehenden Inhalts gesandt: Die Regierungen möchten ihren Einfluß geltend machen, daß 1. von einer Zerstörung der Zeppelin-Werft in Friedrichshafen Abstand genommen und 2. auch die Bestimmung aufgehoben werde, durch die unter allen großen Völkern der Welt nur Deutschland verwehrt wird, sich an der Fortentwicklung des Flugwesens uneingeschränkt beteiligen zu können. — Der Eingabe ist eine Begründung beigefügt, in der es u. a. heißt: „Das vollkommen entwaffnete Deutschland mit seiner Reichswehr von weniger als 100 000 Mann ist das wehrloseste Volk Europas geworden und könnte auch durch umfangreichsten Luftschiffbau nichts daran ändern; denn es ist der Beweis erbracht, daß Luftschiffe als Kriegswaffe in Zukunft nicht mehr in Frage kommen, weil sie durch Flugzeuge und sonstige Abwehrmittel leicht unwirksam zu machen sind."

Offener Brief aus dem Saargebiet an Herriot.

Saarbrücken, 13. Dez. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Saarländischen Landesrates und der Vorsitzende der Deutsch-Saarländischen Volkspartei haben einen offenen Brief an den französischen Ministerpräsidenten Herriot gerichtet, der sich mit den verschiedenen dringlichen Fragen des Saargebiets beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen, die augenblicklich im Interesse Frankreichs im Saargebiet getroffen werden, weder für Frankreich noch für das Saargebiet von Vorteil gewesen seien. Der Brief kommt zu der Folgerung, daß weder die französischen Schulen, noch die französischen Truppen mit der Ausbeutung der Gruben des Saargebiets im Zusammenhang stehen. Zum Schluß wird betont, daß eine etwaige beabsichtigte Annexion des Saargebiets durch Frankreich nur durch Gewalt möglich sei, denn die Bevölkerung stehe treu zu Deutschland.

Reichspräsident Ebert und der Munitionsarbeiterstreik von 1918.

Magdeburg, 13. Dez. In der heutigen Sitzung sind als Zeugen die früheren Minister und Staatssekretäre Fehrenbach, Wallraf, Gröner, Wrisberg, Dr. David und von Stein erschienen. Reichstagspräsident Wallraf, der während des Streiks im Januar 1918 Staatssekretär des Innern war, wird als erster Zeuge vernommen und bekundet u. a., dem am 28. Januar 1918 ausbrechenden Streik seien zwei Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstags am 25. und 26. Januar vorausgegangen, in denen Abgeordneter Ebert zu den angeblich in Verbindung mit den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ausgebrochenen Streik Stellung zu nehmen hatte. In dieser Rede, die nach dem amtlichen Auszug verlesen wird, protestiert Ebert gegen das Verbot des „Vorwärts" mit dem Hinweis darauf, daß der Streik in Oesterreich durch die österreichische Presse der ganzen Welt bekannt geworden sei. Nach dem amtlichen Bericht erklärte Ebert weiter: Die sozialdemokratische Partei begrüßt mit größter Sympathie die Bewegung der österreichischen Arbeiter und erklärt sich mit diesen in aller Form solidarisch. Wir bringen zum Ausdruck, daß die deutsche Sozialdemokratie ebenso entschlossen ist, die Forderungen der Annektionisten zurückzuschlagen und einen Frieden der Verständigung und des Rechtes herbeizuführen. Darauf folgte, so bekundete Zeuge Wallraf weiter, eine Rede Scheidemanns, in der dieser ausführte, daß die Stimmung in Deutschland jetzt die gleiche sei wie in Oesterreich unmittelbar vor dem Streikausbruch. Am 26. Februar griff Wallraf Scheidemann im Reichstag scharf an. Er sei der Ueberzeugung, daß der Streik verhindert oder zum mindesten eingeschränkt worden wäre, wenn die sozialdemokratische Partei die Arbeiter von vorne herein gewarnt hätte. Auf die Frage der Verteidigung, ob die Sozialdemokraten möglicherweise durch den Ausbruch überrascht worden seien, wird dies von dem Zeugen verneint. Auf die Frage des Generalstaatsanwalts, ob eine Einschränkung des Streiks noch durch eine Warnung am 29. Januar hätte erfolgen können, bekundet der Zeuge weiter, daß am 29. Januar Scheidemann und Haase zusammen mit einigen Arbeitern als Vertreter des Aktionskomitees ihn zu sprechen ersucht hätten. Er habe sich bereit erklärt, Scheidemann und Haase zu empfangen, es aber abgelehnt, mit den Streikenden zu verhandeln. Da beide Teile auf ihrem Standpunkt verharrten, habe die Konferenz nicht stattgefunden. Das schnelle Ende des Streiks sei vor allem auf das scharfe Vorgehen des damaligen Oberbefehlshabers in den Marken, General von Kessel, zurückzuführen.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 13. Dez. Ueber die neue Regelung der Einkommensteuer usw. weiß die „Vossische Zeitung" etwa folgendes zu melden: Es wird ein Ueberleitungsgesetz geschaffen, das unter bestimmten Voraussetzungen jedem Steuerzahler das Recht zugesteht, um teilweise Rückerstattung der Steuern einzukommen. Dies kommt in Frage bei gänzlichen oder teilweisen Stillegungen, Verlustpreisen, sonstigen Verlusten usw. Da Friedensverhältnisse noch nicht möglich sind, werden Vorauszahlungen weiterhin gefordert, jedoch in vierteljährliche umgewandelt, wobei die Handhabung möglichst individuell sein soll, da der Staat zurzeit im Besitz reichlicher Einnahmen ist. (!) Zur Beseitigung der Ungleichheiten bei der Vermögenssteuerveranlagung wird ein Bewertungsgesetz per 31. Dezember 1924 geschaffen. Die Umsatzsteuer soll baldmöglichst auf ein Prozent ermäßigt werden. Ueber die etwaigen kommunalen Zuschläge der Städte auf die verschiedenen Steuern ist die Debatte noch nicht abgeschlossen.

Die Sozialdemokraten beim Reichskanzler.

Berlin, 13. Dez. Heute vormittag wurden die sozialdemokratischen Führer Wels, Müller, Dittmann und Hilferding vom Reichskanzler empfangen. Nach der Entgegennahme der Erklärung des Kanzlers von dem bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts erklärten die sozialdemokratischen Parteiführer, der Ausfall der Wahlen habe bewiesen, daß die bisherige außenpolitische Haltung der Reichsregierung gebilligt werde und eine Erweiterung der Regierung nach links in Frage kommen müsse, weil die sozialdemokratische Partei die Regierung bisher gestützt habe. Für den Fall, daß trotzdem die Erweiterung nach rechts erfolgen sollte, kündigten die sozialdemokratischen Führer die schärfste Opposition ihrer Partei mit allen Mitteln an. Der Reichskanzler nahm diese Ausführungen ohne weitere Gegenerklärungen zur Kenntnis.

Deutschland beteiligt sich nicht an der Pariser Kunstgewerbe-Ausstellung.

Berlin, 12. Dez. In der Kabinettssitzung vom Mittwoch wurde über die am Samstag hier eingegangene Einladung der französischen Regierung zur Teilnahme an der Kunstgewerbeausstellung in Paris Beschluß gefaßt. Mit Rücksicht auf die sehr erheblichen finanziellen Mittel, die eine der Bedeutung des deutschen Kunstgewerbes entsprechende Beteiligung an der Ausstellung erfordern würde, deren Bereitstellung aber bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen nicht verantwortet werden kann, und im Hinblick auf die kurze Zeit, die selbst bei Vorhandensein der erforderlichen Mittel für eine sorgfältige Vorbereitung der Ausstellung nicht hinreichen würde, entschied sich das Kabinett für den Verzicht auf die Beteiligung. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung den Dank der Reichsregierung für die Einladung auszudrücken und die Gründe darzulegen, aus denen sie sich leider die Beschickung der Ausstellung versagen muß.

Kommunistenskandal in Mecklenburg.

Schwerin, 13. Dez. In der gestrigen Landtagssitzung wurde ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den deutschnationalen Landtagsvorsitzenden abgelehnt. Als die Kommunisten der Reihe nach zur Geschäftsordnung zu sprechen suchten, wurde ihnen das Wort verweigert, worauf bei der kommunistischen Fraktion ein ungeheurer Tumult entstand. Trotzdem die Sitzung zweimal auf zehn Minuten unterbrochen wurde, setzten die Kommunisten ihre Angriffe fort, worauf einer nach dem anderen von der Sitzung ausgeschlossen wurde.

Ausland.

Budapest, 13. Dez. Die wegen der Bombenattentate angeklagten Marsity und Marosy sind zum Tode verurteilt worden. Von den übrigen Angeklagten wurden Szasz und Horvath-Halas zu je sechs Jahren Zuchthaus und Barghaw zu fünf Jahren Zuchthaus und der minderjährige Rado zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Rom, 13. Dez. Die römischen Besprechungen führten zu keinem Ergebnis. Das Genfer Protokoll ist vorläufig beiseite gelegt und auch der französische Versuch, zu einem Schutzvertrag zu gelangen, führte nicht zum Ziel. Heute vormittag 11 Uhr findet die Schlußsitzung der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes statt. (Dann finden sich die Herrschaften gelegentlich später wieder zusammen, schieben phantastische Gehälter ein und leisten absolut nichts, was dem Völkerfrieden und der Völkerverbrüderung dient. Schriftl.)

Paris, 13. Dez. Die interalliierte Finanzkonferenz wird nun endgültig am 6. Januar hier zusammentreten und sich ausschließlich mit der Frage der Verteilung der deutschen Jahreszahlungen, die auf Grund des Dawesplanes zu erwarten sind, befassen.

Newyork, 12. Dez. Owen Young sagte in einer Rede bei einem Essen von Geschäftsleuten der Newyorker City u. a.: Der Dawesplan sucht Deutschland keine Strafe aufzuerlegen. Er fordert es lediglich auf, eine Schuldenlast auf sich zu nehmen, die es praktisch in die gleiche Lage wie seine Nachbarstaaten bringe. Die Daweskommission habe das Ziel verfolgt, einen Plan aufzustellen, den alle beteiligten Regierungen annehmen könnten. Die deutschen Wahlen bildeten eine Rechtfertigung des Beschlusses des Reichstags, den Dawesplan zu ratifizieren.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichswehrminister Dr. Geßler gegen die Legende der geheimen Rüstungen.

Kopenhagen, 13. Dez. Reichswehrminister Dr. Geßler gewährte dem Berliner Vertreter des Blattes „Sozialdemokraten" in Kopenhagen im Hinblick auf die Veröffentlichung des Oberstleutnants Lassen in der Kopenhagener „National Tidende" über Deutschlands angebliche Nichterfüllung der Abrüstungsbestimmungen ein Interview, dem folgendes zu entnehmen ist: Ich freue mich, daß Lassen sich durch seine Studien davon überzeugte, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags bezüglich seiner Entwaffnung ausführte. Daher ist auch sein Schluß richtig, daß das deutsche Heer auch nicht mit der geringsten Aussicht auf Erfolg einen Krieg gegen Frankreich führen kann. Wenn Lassen darüber Ueberlegungen anstellt, ob Deutschland zukünftig einmal wieder zu einer kriegerischen Unternehmung fähig sein wird, so will er eine Gleichung mit lauter unbekannten Größen auflösen. Trotz aller bitteren Enttäuschungen wurzelt der Gedanke einer europäischen Gemeinschaft zu fest im deutschen Volke, als daß es einen Krieg herbeisehnte. Wir haben das schwere Opfer gebracht, unsere Waffen zu zerschlagen und unser Heer auf 100 000 Mann zu verringern. Was über angebliche Rüstungen Deutschlands verbreitet wird, gehört in das Reich der Fabel. Wir hätten bei unserer Finanzlage auch gar nicht das Geld zu einer großen Rüstung, denn auch die deutsche Industrie kann sie nicht umsonst liefern. Lassen bemängelt die hohe Zahl der Offiziere im Reichswehrministerium und sieht darin eine Weiterführung des Generalstabs. Uns ist die Zahl der Offiziere, die im Ministerium zu arbeiten haben, vorgeschrieben. Lassen sieht ferner in der Tatsache, daß einige Offiziere zu Divisionsstäben kommandiert sind, die Errichtung von vielen kleinen Kriegsakademien. Wer mit den jetzigen Arbeitsmethoden diejenigen der aufgelösten militärischen Hochschulen vergleichen will, hat von deren Möglichkeiten und Erfolgen eine sehr geringe Ansicht. Lassen sagt, der geographische und geschichtliche Dienst des großen Generalstabs werde bei anderen Ministerien weitergeführt. Damit meint er wahrscheinlich die Landesvermessung und mit dem geschichtlichen Dienst soll wahrscheinlich auf das Reichsarchiv in Potsdam hingewiesen werden. Ich rate Lassen, die Aufstellung dieser Behörde sich anzusehen. Daß die Universitäten Studenten und Lehrer zum Heere beurlaubten, damit sie ausgebildet würden ist nicht wahr. Die Bedingungen, zu denen die Soldaten sich verpflichten müssen, haben bis jetzt verhindert, daß der Sollbestand von 100 000 Mann jemals erreicht worden ist. Die Bemerkungen über die Schutzpolizei zeigen, daß Lassen keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen hat. Irgendwelche Beziehungen zwischen der Polizei und dem Heere bestehen nicht. Nun die Waffenfrage. Lassen führt selbst die ungeheure Zahl der Waffen an, die Deutschland ablieferte. Was bedeuten dagegen die verschwindend geringen Mengen, die nachträglich gefunden worden sind? Was bedeuten sie auch gegen die überwältigende Rüstung, die Frankreich trägt? Nichts! Die Generalinspektion, der Deutschland z. Zt. unterworfen ist, hat übrigens noch keine Waffen gefunden, die nicht zugelassen sind. Endlich der Vorwurf, das deutsche Heer sei diszipliniert und ehre seine Ueberlieferung. Daß die Manneszucht, die in der Reichswehr herrscht, anerkannt wird, darauf bin ich stolz. Ich kenne keinen Artikel des Vertrags von Versailles, der das verbietet. Daß wir die Geschichte unseres Vaterlandes ehren, sollte uns niemand verargen. Die Franzosen, aus deren Propaganda Lassen seine Vorwürfe schöpft, messen mit zweierlei Maß. Nichts vergiftet das Zusammen- und Nebeneinanderleben der beiden Völker mehr, als diese Nichtachtung, die uns immer wieder vor Augen hält, daß wir minderen Rechtes sind.

Der Fehlspruch des Völkerbundes.

Rom, 12. Dez. „Il Mondo" kritisiert scharf die Entscheidung des Völkerbundes über die Saarschulen und meint, in anderer Zeit wären französische Schulen nicht erlaubt worden. Viele Hoffnungen, die man auf den Völkerbund gesetzt habe, seien dadurch wieder zerstört worden.

Ein deutsch-italienischer Vorvertrag.

Rom, 12. Dez. Sicherem Vernehmen nach hat die deutsche Delegation für den Handelsvertrag gestern den Entwurf eines Vorvertrages überreicht, der jetzt von den Italienern geprüft wird. Irgendwelche Entscheidungen werden vor der Weihnachtspause nicht erwartet. Nach diesen selbst wird Herr von Stockhammer den Vorsitz übernehmen. Die Verhandlungen dürften in Berlin zu Ende geführt werden.

Scharfe Maßnahmen Estlands gegen die Kommunisten.

Aus Riga wird gemeldet, daß die estländische Regierung infolge des jüngsten Kommunistenputsches beschlossen habe, ein Gesetz einzubringen, wonach alle politischen Organisationen, die sich mit dem Programm der dritten Internationale einverstanden erklären, als außerhalb der Landesgesetze stehend erklärt werden. Trotz der außerordentlichen Maßregeln der Regierung erregt die Lage in vielen Städten Estlands noch große Besorgnis.

Trotzkis Kaltstellung.

Bukarest, 12. Dez. Ueber die Vorgänge bei der Kaltstellung Trotzkis kommen aus Odessa nach Einzelheiten. Danach soll die letzte Sitzung des Rates der Volkskommissare, in der der Fall Trotzkis besprochen wurde, sehr stürmisch verlaufen sein. Der Vorsitzende des Rates, Rykow, forderte die Kommissare auf, solidarisch zu bleiben und die Errungenschaften der Revolution nicht durch persönliche Zwistigkeiten zu gefährden. Es kam dabei zwischen Trotzki und Sinowjew zu einem sehr erregten Wortwechsel, wobei Trotzki drohte, er werde kompromittierende Enthüllungen machen und aufgebracht den Sitzungssaal verließ. Die Regierungskommissare Bucharin, Malin und Tannew erklärten sich mit Sinowjew solidarisch, während Tichitscherin die Partei Trotzkis ergriff. Rykow blieb neutral und versuchte vergeblich, den Konflikt in friedlicher Weise beizulegen. Es heißt, daß die Rote Armee die einstweilige Enthebung Trotzkis von seinem Posten nicht anerkennen wird, und daß sie sich scharf gegen das jetzt in Rußland regierende Triumvirat ausgesprochen hat. Man nimmt an, daß die Rote Armee geschlossen hinter Trotzki steht und daß Ereignisse von großer Tragweite in Rußland bevorstehen.

Polnische Kommunisten in Nordfrankreich.

Paris, 13. Dez. Der polnische Senator Osinski befindet sich momentan im nordfranzösischen Industriegebiet, um die dortige polnische Einwandererkolonie zu besuchen. Osinski erhielt von den maßgebenden französischen Behörden die peinliche Mitteilung, daß unter den polnischen Arbeitern zahlreiche kommunistische Agitatoren sind, die auf die französische Arbeiterschaft einen nachteiligen Einfluß ausüben. Außerdem sei die Lebensführung der Polen keineswegs einwandfrei. Die französische Regierung werde gegen die polnischen Kommunisten in Nordfrankreich streng vorgehen müssen. Diese Mitteilungen sind dem polnischen Senator sehr unangenehm gewesen und veranlaßten ihn zu einer dringenden Eingabe an die Warschauer Regierung, der er den Rat gibt, sich über diese Angelegenheit sofort mit Frankreich auseinanderzusetzen.

Anschluß einer mongolischen Provinz an Sowjetrußland.

Der chinesische Gouverneur von Ostturkestan hat die Regierung telegraphisch benachrichtigt, daß sich die mongolische Provinz Tannu-Ola an Sowjetrußland angeschlossen habe.

Coolidge gegen eine internationale Schuldenkonferenz.

Newyork, 13. Dez. Präsident Coolidge billigte die Absicht der Parteiführer, die Frage des Weltgerichtshofs während der jetzigen Sitzungsperiode des Kongresses nicht auf die Tagesordnung zu bringen. Ferner lehnte er den Vorschlag auf Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz rundweg ab.

Ein japanisches Kriegsschiff auf Grund geraten.

Das japanische Kriegsschiff „Santo" ist bei heftigem Wirbelsturm auf Grund geraten. Es sollen 80 Mann über Bord gespült worden sein. Man versucht, die noch an Bord befindlichen zu retten, doch werden die Rettungsarbeiten durch hohen Wellengang fast unmöglich gemacht. Der größte Teil der Mannschaften gelangte noch rechtzeitig in die Boote, doch werden von diesen sieben vermißt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wahl des städt. Obersekretärs Schleeh in Nagold zum Ortsvorsteher der Gemeinde Feldrennach bestätigt.

Neuenbürg, 12. Dez. (Befreiung der Kleinrentner, der Kleingewerbetreibenden und der Landwirte von der Gebäudeentschuldungssteuer.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat am 11. Dezember auf Antrag des Finanzministers beschlossen, im Entwurf des neuen Staatshaushalt-Notgesetzes für das Rechnungsjahr 1924, dessen Geltung bis 31. Januar 1925 ausgedehnt worden soll, im Anschluß an die Senkung verschiedener Reichssteuern und in Vollzug der neulichen Vereinbarung der Länderregierungen mit dem Reichsfinanzminister dem Landtag mit Wirkung vom 1. Januar 1925 an die Freistellung der Kleinrentner, der Kleingewerbetreibenden, der Landwirte und anderer Gebäudebesitzer, bei denen die Einziehung der Sondersteuer nach Lage der Sache unbillig wäre, von der Staats- und Gemeinde-Gebäudeentschuldungssteuer vorzuschlagen. Die Durchführung dieser Freistellung ist in der Weise vorgesehen, daß in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern die Gebäudeentschuldungssteuer für Staat und Gemeinde unerhoben bleibt, diese Gemeinden aber ermächtigt werden, die bisherige Staats- und Gemeindesteuer von anderen als den erwähnten Gebäudebesitzern für ihre Rechnung weiterzuerheben. In den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern dagegen soll die Steuer, wie es in der Dritten Steuernotverordnung den Ländern vorgeschrieben ist, bis zum 31. März 1926 bestehen bleiben, von den erwähnten Gruppen von Gebäudebesitzern jedoch auf Antrag und näheren Nachweis des Steuerpflichtigen nicht erhoben werden. Gleichzeitig ist vorgeschlagen, der Wohnungskreditanstalt, der daraus ein Ausfall von etwa 220 000 Mark entstünde, zur weiteren Förderung des Wohnungsneubaus aus dem Ertrag der staatlichen Gebäudeentschuldungssteuer sofort eine Million RM. zur Verfügung zu stellen, um ihr über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

(Wetterbericht.) Durch den Luftwirbel im Nordwesten wird der kontinentale Hochdruck gegen Osten zurückgedrängt. Vorerst wirkt er noch auf Süddeutschland, doch ist für Dienstag und Mittwoch mit einem Rückgang der Temperaturen und zunehmender Bedeckung zu rechnen.

Württemberg.

Stuttgart, 13. Dez. (Aufnahme ins Ehrenbuch. — Abbruch der alten Bahnhofsvorhalle.) Dr. Eckener und Dr. Dürr wurden ins Ehrenbuch der Stadt Stuttgart aufgenommen. — Die Vorhalle des alten Bahnhofs, die bekanntlich von hohem architektonischem Wert ist, wird jetzt abgebrochen. Der Gemeinderat hat den Rechtsrat Dr. Elsaß zum Personalberichterstatter und Vorstand des Städt. Personalamts bestellt.

Stuttgart, 13. Dez. (Rückzahlung der Kartoffeldarlehen.) Die Frist für die Rückzahlung der Kartoffeldarlehen ist bis zum 1. Juli 1925 mit der Maßgabe verlängert worden, daß die monatlich abzuziehenden Teilbeträge, der längeren Abzahlungszeit entsprechend, herabzusetzen sind, soweit von den einzelnen Darlehensnehmern nicht ausdrücklich höhere Abzüge gewünscht werden oder nicht besondere Verhältnisse (z. B. Dienstaustritt) solche nötig machen.

Erligheim, OA. Besigheim, 13. Dez. (Diebstahl.) Dem Lehrer Gommel wurde die gesamte noch nasse Wäsche vom Waschseil weg gestohlen. Ein zwei Meter hoher Drahtzaun mit Stacheldraht versehen und ein wachsamer, scharfer Hofhund einige Meter vom Waschseil entfernt, waren für den Dieb kein Hindernis, die doch 1 Ztr. schwere Last wegzuschleppen.

Weilderstadt, 12. Dez. (Vorsicht bei Hausieren und dergleichen.) Dieser Tage kam auf ihrem Hausiergange eine Frauensperson in eine leerstehende Wohnung und verschwand, ohne von jemand bemerkt zu werden. Als die Hausfrau wieder zurückkam, war ihr erster Blick, daß der Betrag von nahezu 400 Mark nicht mehr an seinem Platze war. In der Bestürzung fragte man die Nachbarn, die bestätigten, daß soeben eine Frauensperson das Haus verlassen habe. Zum Glück gelang es der Polizei, nicht nur die Diebin, sondern auch den Geldbetrag wieder beizubringen. Darum Vorsicht!

Hochdorf, OA. Kirchheim, 14. Dez. (Tragisches Ende.) Beim Baumausputzen fiel dem 75 Jahre alten Johannes Unger ein Ast auf den Leib. Dabei wurde ein Darmgeschwür getroffen und an den Folgen starb Unger im Plochinger Krankenhaus. Vor drei Wochen hatte er noch goldene Hochzeit gefeiert.

Rottenburg, 13. Dez. (Güterverkauf.) In letzter Zeit wurden verschiedene Güter öffentlich auf dem Rathaus und auch unter der Hand verkauft. Nur die in der Nähe der Stadt fanden Liebhaber. Bei den Pachtgrundstücken kann man die gleiche Beobachtung machen. Es finden sich oft keine Liebhaber, weil die Unkosten manchmal höher kommen, als die Erträge.

Hall, 14. Dez. (Defizit.) Zur Frage der Beteiligung am Abmangel der vier Kraftpostlinien des Bezirks wurde der Bezirksrat ermächtigt, mit der Oberpostdirektion wegen der Ausgleichung des Ueberschusses und des Abmangels, sowie wegen des Fahrplans Verhandlungen aufzunehmen, ferner auf Grund der Verhandlungen mit der Oberpostdirektion mit den beteiligten Gemeinden in neue Verhandlungen bezüglich des Abmangels einzutreten.

Ulm, 14. Dez. (Versuchter Raub.) Das Schöffengericht hat den 40 Jahre alten, ledigen Taglöhner Josef Hepp von Ertingen O.-A. Riedlingen, der im Oktober morgens im Nebel auf der Straße eine 21 J. a. Wirtstochter überfallen und ihr die Handtasche entrissen hatte, die er dann aber wieder wegwarf, weil sie nur ein Gebetbuch enthielt, wegen versuchten Raubs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baden.

Karlsruhe, 13. Dez. Nunmehr ist das Hauptverfahren im Hagenschieß-Prozeß vor dem Großen Schöffengericht eröffnet worden, nachdem der Sachverständige Rady in Heidelberg sein über 1800 Seiten umfassendes Gutachten eingereicht hat. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich im Februar stattfinden. Die auf Untreue und Bestechung lautende Anklage richtet sich gegen Ingenieur Honnef, Direktor E. Abele, Architekt Hugo Detert, Kaufmann Wilhelm Grieger, Hans Würtemberger, während sich der Kaufmann Lothar Mager in Heidelberg wegen Begünstigung zu verantworten haben wird.

Ettlingen, 14. Dez. (Brandstifter.) In Forchheim ist der verheiratete Jakob Dammbacher geständig, in drei Fällen Feuer gelegt zu haben, dem drei Scheunen mit Stallungen und teilweise ein Wohnhaus zum Opfer gefallen sind. Dammbacher hatte dabei noch die Unverfrorenheit, sich bei jedem Brand der Nachtfeuerwache als Trompeter zur Verfügung zu stellen. Er soll überdies ein schlechter Familienvater gewesen sein.

Ilvesheim a. Neckar, 13. Dez. Am Donnerstag wurde Glasermeister Michael Heller 100 Jahre alt. Er ist ein alter 48er und hat die Schlacht von Waghäusel mitgemacht, von der er gerne erzählt. Der Alte ist noch sehr rüstig.

Mannheim, 12. Dez. Das Schwurgericht verhandelte gestern gegen den Schlosser Johann Gg. Kenzler, Redakteur der „Mannheimer Arbeiter-Zeitung", wegen Veröffentlichung von beleidigenden Artikeln in der „Arbeiter-Zeitung" in fünf Fäl-

---

Frauenhaß.

Geschichtliche Erzählung aus dem 15. Jahrhundert von Felix Nabor.

3) (Nachdruck verboten.)

„Der sonnige Frühlingstag hat mirs angetan", sprach sie leise; „mein Herz ist weich und mein Sinn wird milder in dieser herrlichen Natur und beim Anblick so liebender, glücklicher Herzen. Neigt euch, ihr Blumen, neigt euch ihr rauschenden Bäume, denn eure Herrin will heute milde und gütig sein und Glück und Sonnenschein verbreiten an ihrem kleinen Hofe."

Halbverborgen unter einem duftigen Fliederbusch standen die beiden jungen Menschenkinder, die aus der Allee herausgetreten waren, einander gegenüber und schauten sich mit glänzenden Augen, geröteten Wangen und pochendem Herzen an. Er war ein schlankerer Jüngling, in der vollen Kraft der schwellenden Jugend, dem der blaue Samtrock mit den reichen Schlitzen trefflich stand. Der goldenen Sporen an den Stiefeln und der weißen Feder auf dem Barett hätte es nicht bedurft, um ihn als Edelmann erkennen zu lassen.

„Berta", sprach er mit stockender Stimme, „ich bin Euch in treuer Minne zugetan. Wißt Ihr es? Erratet Ihr es nicht aus dem Blick meiner Augen, aus dem Beben meiner Stimme?"

Sie stand, das schöne Haupt mit den sanften, blauen Augen und dem wie rote Rosen glühenden Gesichte leicht geneigt, zitternd vor ihm wie ein scheues Reh, das vom Jäger überrascht wird. Ihr Haupt erhebend, schaute sie ihn mit flehenden Augen an, aber mit Augen, in denen eine ganze Welt von Liebe und Glück zu liegen schien. Er beugte das Knie vor ihr, um seine Liebeswerbung zu wiederholen; aber ein kurzer, scharfer Ruf ihrer Herrin, daß das Edelfräulein erschrocken zusammenzuckte und raschen Laufes, einen sonnigen Blick auf den Ritter werfend, der Buche und ihrer Herrin zueilte, diesen in einer nichts weniger als angenehmen Situation zurücklassend.

„Wahrhaftig", sprach Henriette mit scheinbarer Strenge, „wahrhaftig, man bedient mich schlecht und selbst meine Edeldamen vergessen ihre Pflicht, dieweil sie mit jungen Rittern scherzen und lachen."

Berta stand von Buchen überragten vor der Gräfin und

„Verzeiht", sprach der junge Ritter, der seiner Geliebten gefolgt war und die letzten Worte vernommen hatte, „verzeiht, edle Gräfin, aber Eure bisherige Huld und Nachsicht . . ."

„Ei, ei", sagte Henriette heiter, „mein Edelfräulein hat sich da einen trefflichen Anwalt erwählt, Herr Ritter. Aber es stünde diesem besser an, den Turm zu besteigen und zu schauen, ob die Abgesandten noch nicht kommen. Zu süßem Liebesgeflüster ist zwar der Abend wie geschaffen, aber die Zeit zu ernst."

Bei den tadelnden Worten hatte sich der Ritter gewandt, um den Willen der Gräfin zu erfüllen, aber als er einen Schritt gemacht hatte, rief sie ihn zurück. „Bleibt, Herr Ritter! Hans von Freiberg mag gehen." Und sie winkte einem eben herzutretenden Ritter und gab ihm leise einige Befehle.

„Sprecht, Herr Ritter von Stauffeneck", wandte sie sich wieder an diesen, „seid Ihr der harten Kriegsgefangenschaft nicht müde? Drängt es Euch nicht, den Augenblick herankommen zu sehen, wo der unterzeichnete Friede Euch die Freiheit ankündigt?"

„Gnädigste Frau", sprach Stauffeneck mit bittender Miene, „Ihr scheint mich zu verkennen! Wie könnte ich Eure Güte vergessen? wie die Freundlichkeit, mit der Ihr mich behandeltet? Nie in meinem Leben werde ich aufhören, Eure hohe Gesinnung zu bewundern. Mögen Eure Feinde von Euch sagen, was sie wollen, ich werde für Euch, wo immer es sein mag, in die Schranken treten und Euch verteidigen. Nie ist mir ein Monat schneller verflogen, als der, den ich als Gefangener in Eurem Schlosse zubrachte und nie werde ich wieder glücklichere Zeiten erleben. Und wenn Ihr heute mit meinen Vettern auch Frieden schließet und mich freilasset, so bleibe ich doch für immerdar Euer Gefangener; denn Ihr habt mich durch andere Waffen besiegt als durch das Schwert!"

Henriette liebte im allgemeinen die Schmeicheleien der Männer nicht. Aber welches Weib vermag den Huldigungen zu widerstehen, wenn sie aus so beredtem und so hübschem Munde kommen? Henriette war ein Weib, und so nahm sie des Ritters Huldigung lächelnd an. Aber sie wollte ihn auch dafür belohnen und sprach gnädig: „Nun, Herr Ritter, besten Dank für Eure ritterliche, edle Gesinnung. Und da wir heute milde gesinnt sind, so versprechen wir Euch, ein gutes Wort bei dem kriegsdrängenden Oheim dieses Fräuleins, dem alten Wöllwarth

zulegen. Aber sagt", fuhr sie lächelnd fort, „wo habt Ihr die Galanterien gelernt, mit denen Ihr uns und unsere Hoffräulein überschüttet? Bei denen von Geroldseck gewiß nicht und noch viel weniger bei Eurem ebenso tapferen wie groben Vetter von Zollern."

„Verzeiht, edle Herrin, wenn ich kühn zu sprechen wage; aber meines Stammes Art ist es, immer und überall der Wahrheit treu zu bleiben, nicht zu schmeicheln."

„Gut gesprochen edler Ritter; doch es läßt sich auch der Wahrheit ernster Sinn in schöne Formen kleiden, wie Ihr mir schon oft bewiesen habt. Und das lieb ich nicht besonders, wenn mit schwerem Zungenschlag und rauher Bärenstimme, wie es bei Euren Vettern Brauch ist, zarte Frauen angerannt werden."

„Erlaubt, Herrin, Ihr seid zu strenge gegen Eure Feinde. Wohl haben sich die von Geroldseck schwer gegen Euch vergangen, und ich kann es nicht verhindern, nur bedauern, wenn sie strenge Strafe trifft. Doch meinen Vetter, Friedrich von Zollern, solltet Ihr anders beurteilen."

„Den am wenigsten!" versetzte Henriette gereizt, „er ist der größte Klotz im heiligen deutschen Reich."

„Ja", nickte der Stauffenecker, „fein ist er nicht; doch nie gab es einen Ritter, der so tapfer im Kriege, so ritterlich und edel im Frieden gewesen wäre wie er. Selbst Euer seliger Gemahl schätzte ihn hoch und ich — ich habe ihn mir zum Vorbild genommen."

„Ein treffliches Vorbild", sprach die Gräfin spitz, „ein deutscher Bär mit den Krallen eines Löwen."

„Gräfin, Ihr hasset ihn!" sprach der Ritter kühn, „und darum seid Ihr ungerecht gegen ihn."

„Ob ich ihn hasse?" sprach Henriette flammend. „Glaubt Ihr, ich habe vergessen, wie er mir nach meines Gemahls Tod die Lehnsherrschaft kündigte? wie er sich dem rohen Walter von Geroldseck zugesellte und mir Fehde schwor? Glaubt er, mir trotzen zu dürfen, weil ich ein Weib bin? Glaubt mir, Herr Ritter, ich habe die Macht und fühle die Kraft in mir, selbst diesen Löwen zu bändigen."

Hochaufgerichtet, das Auge flammensprühend und die Rechte wie zum Schwure ausgestreckt, stand Gräfin Henriette da, eine Walküre, der nur Brünne, Helm und Streitroß fehlten, um sie zu dieser zu erheben.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

len. Zeugen wurden nicht vernommen. Kenzler hat für alle diese Artikel die Verantwortung übernommen. Das Urteil lautet: Wegen Veröffentlichung des Parteibefehls auf 300 Mark, wegen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und wegen des veröffentlichten Berichts über die Bürgerausschußsitzung auf 300 Mark, wegen des Artikels „Eine Kulturschande Badens" auf 250 Mark, des Berichts über den Zwischenfall im Freiburger Gerichtssaal auf 100 Mark und wegen der Behauptung eines zu schnellen Gerichtsverfahrens auf 100 Mark, insgesamt also auf 1050 Mark. Außerdem hat die Veröffentlichung des Urteils in der „Arbeiter-Zeitung", der „Karlsruher Zeitung" und in der „Freiburger Zeitung" zu erfolgen.

Mannheim, 13. Dez. Am Donnerstag vormittag hat ein 26 Jahre alter Taglöhner aus Worms auf dem hiesigen Wochenmarkt einer einkaufenden Frau den Geldbeutel mit Inhalt aus der Manteltasche entwendet. Da die Frau den Diebstahl sofort bemerkte, flüchtete der Täter, konnte aber von einem Händler wieder eingeholt werden. Die Polizei verbrachte ihn auf die Wache, wo man ihn vorerst im Notarrest verwahrte. Um zwei Uhr nachmittags sollte der Taschendieb dem Erkennungsdienst zugeführt werden, aber er hatte sich mit seinem Seilkitbinder an das Eisengitter aufgehängt. Die von den Polizeibeamten sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren noch einer halben Stunde von Erfolg und der herbeigerufene Arzt ordnete seine Ueberführung in das Krankenhaus an.

Vermischtes.

Prozeß Haarmann. Der Bund deutscher Frauenvereine richtet im Interesse der Jugend aller Stände an die deutsche Presse die dringendste Bitte, die Berichterstattung über den Haarmann-Prozeß (Hannoveraner Massenmörder) bis zur Urteilsfällung auszusetzen. (In Berücksichtigung dieser wohlverständlichen Bitte werden wir die Berichterstattung bis zur Urteilsfällung einstellen. Schriftl.)

Launen eines Blitzes. In der Nähe von Abrillac in Südfrankreich schlug der Blitz in ein Haus, beschädigte das Dach, drang dann in eine Kolonialwarenhandlung und zertrümmerte dort alle Konservenbüchsen und Behälter, so daß der gelbe, grüne, rote und blaue Inhalt sich auf den Fußboden ergoß. Im anstoßenden Zimmer betete eine alte Frau ihren Rosenkranz, ihr Nähkorb wurde umgeworfen und die darin befindlichen Stopf- und Nähnadeln sowie eine Schere wurden geschmolzen. Dann fuhr der Blitz durchs Ofenrohr, bahnte sich einen Weg durch eine Wand in den Stall und tötete eine Kuh und verletzte ein Schwein.

Ein Segler mit sieben Mann untergegangen. Die schwedische Segelbark „Tana" stieß im Kattegatt mit dem Trawler „Ibis" von Göteborg zusammen und sank fast augenblicklich. Die Besatzung rettete sich zwar in die Rettungsboote, doch wurde eines der Boote, das mit sieben Mann besetzt war, von dem untergehenden Segler mit in die Tiefe gerissen. Die gesamte Besatzung dieses Bootes ist umgekommen.

Wahlsatire. In der brandenburgischen Industriestadt Forst dichtete ein Spötter:

Ich wähl nicht schwarz-rot-Mostrich,
Ich wähl nicht schwarz-weiß-rot,
Ich wähl auch nicht den Sowjetstern
Da ich kein Idiot,
Und wenn ich wählen müßte,
Es könnt nur eines sein:
Ich wähle eine Kiste
Voll Gold und Edelstein.
Dann kaufte ich den Laden,
Der Deutsches Reich sich nennt,
Und trieb daraus die Maden,
Damit es Ruhe fänd.
Die Sanften und die Frechen,
Die Zunft der Mitte auch,
Da all' nur ihr Versprechen
Ist Schall und eitel Rauch.

Rezept gegen häuslichen Zwist.

Zum Zank und Streit gehören zwei,
Schweigt eins, so ist es gleich vorbei;
Drum wer den lieben Frieden will,
Der sei zuerst kein mäuschenstill,
Willst du jedoch das Schweigen brechen
Und deinem Gegner widersprechen,
So halt erst eine Viertelstunde
Zehn Tropfen Wasser in dem Munde;
Dann sag' was du zu sagen hast,
Mit großer Ruh, ohn' alle Hast.
Dies Mittel hat sich stets bewährt,
So wie es die Erfahrung lehrt.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 13. Dez. (Obst-, Gemüse- und Mostobst-Großmarkt.) Es notierten per ½ Kilo in Pfennigen: Edeläpfel 15—20, Tafeläpfel 8—15, Schütteln-, Fall- und Mostäpfel 4—5, Spalierbirnen 20—25, Tafelbirnen 10—20, Walnüsse 35—45, Kartoffeln 4,5—5,5, Endiviensalat 1 Stück 6—15, Wirsing (Kohlkraut) 5—6, Filderkraut 3—4, Weißkraut, rund 4—5, Rotkraut 6—8 per ½ Kilo, Rosenkohl per Stück 20—30, Rote Rüben 5—6, Gelbe Rüben (lange Karotten) 5—6, Zwiebeln 8—12, je ½ Kilo, Rettiche 3—5, Sellerie 10—25 je 1 Stück, Schwarzwurzeln 30—40, Spinat 15—20, Mangold 10—12 je ½ Kilo. Zufuhr 80 Ztr. Mostobst, Preis 4—5 Mk. per 50 Kilo.

Fruchtpreise. In Aulendorf kostete Gerste 12,60, Weizen 10,50 Mk., in Tübingen Dinkel 7,50—7,70, Haber 7—8,40, Weizen 10,50—11, Gerste 9,50—11 Mk., in Urach Dinkel 7,50—8,40, Gerste 10—11,50, Haber 8—11, Weizen 10—13, Linsen 20, Roggen 9—11 Mark, je der Ztr.

Schweinepreise. In Balingen kosteten Milchschweine 18—30, Läufer 45 Mark, in Crailsheim Läufer 40—80, Milchschweine 20 bis 30, in Munderkingen ein Mutterschwein 210, Läufer 60, Milchschweine 25—30 Mark, in Rottweil Milchschweine 15—26, in Ulm Milchschweine 20—32, Läufer 27—30 Mark, je das Stück.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 14. Dez. Heute nachmittag fand hier auf dem Sportplatz bei Gaisburg vom schönsten Wetter begünstigt das mit großer Spannung erwartete 10. Länderfußballwettspiel zwischen den Nationalmannschaften von Deutschland und der Schweiz statt. Zu dem Spiel, das internationale Bedeutung hatte, waren über 25000 Zuschauer aus allen Teilen des Reichs und auch aus dem Auslande zusammengeströmt. Ferner waren zahlreiche Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, sowie des Wehrkreiskommandos zugegen. Das Spiel, das scharf durchgeführt wurde, endete unentschieden mit 1:1.

München, 14. Dez. Unter Beteiligung der weitesten Schichten der Bevölkerung Münchens wurde heute vormittag ein Denkmal für die Gefallenen der bayerischen Landeshauptstadt vor dem Armeemuseum im Hofgarten feierlich enthüllt. An der Feier nahmen u. a. der frühere Kronprinz Rupprecht, das gesamte Staatsministerium, Landtagspräsident Königsbauer mit Vertretern des Landtags ferner Vertreter der städtischen Behörden usw. teil.

Berlin, 14. Dez. Reichsminister Dr. Jarres, der wieder in den Kommunaldienst zurücktreten will, bestreitet die Germania-Notiz über seine Reichspräsidentschafts-Kandidatur.

Paris, 14. Dez. Vor der russischen Botschaft brachten heute vormittag die Pariser Kommunisten dem Botschafter Sowjetrußlands eine Huldigung dar. Die Absingung der Internationale wurde durch lärmende Kundgebungen gestört. Das Eingreifen der Polizei verhinderte Schlägereien.

London, 14. Dez. Chamberlain lehnte es bei seiner Rückkehr von den Besuchen in Paris und Rom ab, Erklärungen abzugeben, bevor er im Parlament gesprochen habe. Er sagte nur, er sei von den Ergebnissen der Reise wohl befriedigt. Laut „Sunday Times" ist das Ergebnis des Besuches Chamberlains in Paris und Rom eine festere Entente. Die Reise Chamberlains werde zweifellos zu einem freundschaftlicheren und engeren Zusammenwirken zwischen England Frankreich und Italien bei dem politischen Wiederaufbau Europas führen. Die „Sunday Times" erfährt ferner, daß der Anspruch Amerikas auf den Teil der Reparationen, die Deutschland auf Grund des Dawesplans zu zahlen hat zwecks Rückerstattung der Kosten für die amerikanische Besatzung, von der Konferenz der alliierten Finanzminister im nächsten Monat in Paris erörtert wird.

Moskau, 14. Dez. Bei der Abreise Trotzkis nach der Krim sind diesem große Ovationen dargebracht worden. Im Anschluß daran hätten Demonstrationen stattgefunden, die bis in die Nachtstunden angedauert und an verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und Gegendemonstranten geführt hätten.

Sofia, 14. Dez. Die Polizei verhaftete gestern den früheren Finanz- und Ackerbauminister Turlakoff wegen Vergehens gegen das gemeine Recht, nachdem das Parlament die Erlaubnis zur Strafverfolgung gegeben hatte.

Kairo, 14. Dez. Nach Zeitungsmeldungen erkannte ein Polizist zwei von den Verhafteten als Teilnehmer an der Ermordung des Sirdar. Es wird darauf hingewiesen, daß nunmehr vier Täter von den europäischen Augenzeugen identifiziert sind.

Washington, 14. Dez. Der am Samstag erfolgte Tod des amerikanischen Gewerkschaftsführers Samuel Gompers dürfte eine Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterbewegung zur Folge haben.

Matthes als Franzosen-Schützling.

Der berüchtigte Separatist Matthes wünscht nach Düsseldorf zurückzukehren. Er hat sich bereits an die Franzosen um Schutz gewandt. Die Besatzungsbehörde hat, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, auf den von Matthes an den Generalstab der Armee gerichteten Antrag geantwortet, Matthes könne auf einige Tage nach Düsseldorf zurückkehren, da die deutschen Behörden ersucht worden seien, den Haftbefehl gegen Matthes nicht zu vollstrecken.

Reichspräsident Ebert und der Munitionsarbeiterstreik von 1918.

Magdeburg, 14. Dez. In der Nachmittagssitzung des Magdeburger Beleidigungsprozesses kam ein interessantes Dokument zur Verlesung. Es handelt sich um einen Brief Hindenburgs an Ebert aus den Revolutionstagen. Der Brief lautet auszugsweise:

Sehr geehrter Herr Ebert!

Wenn ich mich in nachstehenden Zeilen an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wurde, daß auch Sie als treuer, deutscher Mann das Vaterland über alles lieben unter Hintanstellung persönlicher Meinungen und Wünsche. In diesem Sinne habe ich mich Ihnen verbündet zur Rettung unseres Volkes vor dem drohenden Zusammenbruch." Hindenburg erinnerte dann Ebert an die Proklamation vom 9. November, in der die Beamtenschaft aufgefordert wird, sich hinter die neue Regierung zu stellen, weil ein Versagen der Organisation Deutschland der Anarchie ausliefern würde. Hindenburg schreibt dann weiter: „Von Ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das deutsche Volk noch einmal zu einem neuen Aufschwung gelangen wird. Ich bin bereit und mit mir das ganze Heer, Sie hierbei rückhaltslos zu unterstützen. Wir alle wissen, daß nach diesem bedauerlichen Ausgang des Krieges der neue Aufbau des Reiches nur auf neuen Grundlagen und mit neuen Farben erfolgen kann."

Reichsminister a. D. Gröner, während dessen Zeugenaussagen der Brief verlesen wird, bestätigt die Echtheit dieses Briefes. Im übrigen war die Aussage Gröners in jeder Beziehung ein Zeugnis für den Reichspräsidenten. Gröner, der damals der Organisator der Kriegseisenbahn war, erklärte, er habe stets bei Ebert für die Landesverteidigung das vollste Verständnis gefunden. Auch nach dem Zusammenbruch habe Ebert alles getan, um die Forderungen der Obersten Heeresleitung durchzuführen. Ebert hat im engsten Einvernehmen mit der Heeresleitung täglich die Lage durchgesprochen und sich bemüht, alles durchzusetzen, was von der Generalität angeregt und empfohlen wurde. Hindenburg sei mit dieser Zusammenarbeit voll und ganz einverstanden gewesen. In diesem Zusammenhang kam dann Gröner auf den Brief zu sprechen. Vor der Aussage Gröners gab es noch die Vernehmung zweier Generäle, des Generals der Artillerie von Stein und des Generalmajors von Wriesberg. Diese beiden Herren brachten zwar ihre Gegensätzlichkeiten zu den politischen Prinzipien der Sozialdemokratie zum Ausdruck, vermochten aber nichts auszusagen, was den Reichspräsidenten bezüglich seines Verhaltens zum Munitionsarbeiterstreik belasten könnte. Auch der damalige Reichskanzler Fehrenbach gab der Meinung Ausdruck, daß die republikanische Stimmung im November 1918 nicht von den Mehrheitssozialisten getragen war.

Die kommende innere Anleihe.

Die kurzfristige innere Anleihe, die den Fehlbetrag von 277 Millionen Mark im neuen Reichsetat decken soll, wird, wie die „Neue Tägliche Rundschau" erzählt, um die Mitte des nächsten Jahres aufgelegt werden. Bis dahin soll die Aufwertungsfrage „in irgend einer Form" bereinigt werden.

Luftverkehr Berlin—Paris.

Direktor Wronsky vom Deutschen Aero-Lloyd verhandelt in Paris mit französischen Luftverkehrsgesellschaften über Herstellung einer direkten Luftverbindung Berlin—Paris. Wie die Telegraphen-Union erfährt, nehmen die Besprechungen einen günstigen Verlauf, so daß nach Beseitigung der Einschränkungen für die deutsche Luftfahrt und der noch vorhandenen politischen Schwierigkeiten der Verkehr sofort aufgenommen werden kann.

Ueber das Ziel hinausgeschossen.

Der „Vorwärts" vergleicht den Knabenmörder Haarmann mit Hindenburg. Im „Vorwärts", Abendausgabe Nr. 609, Ausgabe B Nr. 295 ist zu lesen: „Ein neuer Wallfahrtsort". Der neue Wallfahrtsort ist das Haarmann-Haus, das Sterbehaus von 30 Menschen. Vor diesem bleibt der Spießer mit unheimlichen Schauern stehen, Gänsehaut auf dem Rücken und Gänsehaut in der Seele, das blutrünstige Untier im Herzen und die Neugierde in den Augen, um zu sehen, wo Haarmann gewohnt hat... Hier ist die Straße gedrängt voll von Autos, Droschken und Menschen, und jeder fragt: Wo wohnte Haarmann? Deutsche aus allen Gauen unseres Vaterlandes... Nur 30 Menschen! Aber ebenso staunen die Menschen vor der Villa im Hindenburg-Viertel, wo der alte General wohnt, der in allen Offensiven Hunderttausende von Menschen in den Tod getrieben und nutzlos geopfert hat. Auch hier dieses herrliche, grausige Gefühl, die Gänsehaut auf der Lippe, mit der man siegreich Frankreich schlagen will. Und Gänsehaut auf der Vierlender. Welche Zukunftsaussicht und welche Vergleiche!"

Die Kabinettsbildung auf dem toten Punkt.

Berlin, 14. Dez. In der „Germania" wird nochmals und weitausholend auseinandergesetzt, warum das Zentrum an einem bürgerlichen Kabinett mit maßgebendem deutschnationalem Einfluß sich nicht beteiligen könne. Die Frage, welche Stellung das Zentrum zu einem solchen Kabinett einnehmen soll, wird dabei mit Absicht dilatorisch behandelt. Das würde, meint das Zentrumsblatt, „ganz von der Politik abhängen, die dieses Kabinett treibe". Auf alle Fälle würde „der Charakter eines solchen Kabinetts das Zentrum zu erhöhter Wachsamkeit zwingen". Parteipolitisch gesehen fühle das Zentrum in der Rolle des Zuschauers sich vorläufig recht wohl. Das ist natürlich kein Standpunkt, den eine ihrer vaterländischen Verantwortlichkeit bewußte Partei auf die Dauer einnehmen kann und mit dem sicher auch das Zentrum sich nicht begnügen wird. Irgendwie wird, wenn die Wirren und Krisen nicht verewigt werden sollen, die Zentrumspartei aus der Rolle des Zuschauers herausgehen müssen. Schließlich bliebe, wenn Zentrum und Volkspartei sich auf einer Ablehnung versteifen, ja noch immer die Möglichkeit, daß der Reichspräsident eine nicht parteipolitisch abgestempelte Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung betraute. Es müßte dann freilich wirklich eine Persönlichkeit sein.

Berlin, 15. Dez. Außer dem Zentrum scheint, wie der „Montag" schreibt, auch die Deutsche Volkspartei wenig Neigung zur Uebernahme der Regierungsbildung zu zeigen. Den Gedanken einer Regierungsbildung mit aktiver oder neutraler Unterstützung der Sozialdemokratie lehne man in volksparteilichen Kreisen nach wie vor namentlich mit dem Hinweis ab, daß eine solche Regierung eine praktische Arbeitsmöglichkeit habe, da ein derartiges Kabinett bei den ersten wichtigen politischen Fragen, vor allem bei den Steuerfragen, wieder auseinanderfallen würde. Eine Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung dürfte kaum vor Donnerstag zu erwarten sein, da die Entschlüsse der Reichstagsfraktionen erst am Dienstag und am Mittwoch fallen würden.

„Deutschland rüstet nicht zum Kriege".

Paris, 13. Dez. „Ere Nouvelle" bringt zu der Abrüstungskontrolle in Deutschland einen Artikel, der von denselben offiziösen Kreisen beeinflußt wurde, wie der gestern vom „Matin" veröffentlichte Artikel. Eine hohe militärische Persönlichkeit, offenbar der Kriegsminister Nollet, hat einem Vertreter des Blattes u. a. erklärt: Deutschland rüstet nicht zum Kriege. Deutschland ist unfähig, eine neue Offensive vorzubereiten und wird es bei der gegenwärtigen Ueberwachungsmethode auch in einigen Jahren nicht können.

Die Frage nach einem Nachfolger für Herriot.

Paris, 14. Dez. Herriots Venen-Entzündung bedarf einer langwierigen Behandlung. Der Ministerpräsident wird sich erst in zwei Wochen von seinem Krankenlager wieder erheben können, falls die Heilung ohne Rückfälle vor sich gehen sollte. Nachher wird sich Herriot einer Kur unterziehen müssen, die vielleicht vier Wochen beanspruchen wird. Es ist nur allzu begreiflich, daß unter solchen Umständen die Frage der Nachfolgeschaft sowohl im Lager der Mehrheit als auch in dem der Opposition eingehend erörtert wird. Erst nach den Weihnachtsferien wird die Entscheidung über die Umgestaltung des Kabinetts Herriot fallen. Ohne Zweifel wartet man hier noch das Ergebnis der Kabinettsbildung in Deutschland ab. Die linksrepublikanischen Organe werden nicht müde, die deutsche Sozialdemokratie zu einem energischen Eingreifen aufzufordern und den Eindruck zu erwecken, daß ein eventueller Regierungswechsel in Frankreich bestimmt durch den Charakter der künftigen deutschen Regierung beeinflußt würde.

Paris, 15. Dez. Ueber den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Herriot verlautet, daß die Schmerzen des Patienten und die an der Wade eingetretene Spannung an die Möglichkeit einer leichten Komplikation hätten denken lassen. Der gestern vormittag hinzugezogene Spezialist konnte jedoch nichts feststellen. Zum ersten Male seit fünf Tagen konnte der Ministerpräsident einige Stunden schlafen. Die Aerzte hoffen, daß der Krankheitsherd lokalisiert bleibt und daß der Ministerpräsident in etwa zehn Tagen wieder aufstehen kann. Der Aerztebericht von gestern sagt: Die lokale Entzündung ist unverändert; Fieber 37,8.

Sequestrierung russischer Banken in Paris.

Paris, 13. Dez. Die erste Folge der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland besteht darin, daß fünf in Paris ansässige russische Banken gestern unter Sequester gestellt wurden. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß alle Aktiengesellschaften und insbesondere Banken in Rußland der neuen Gesetzgebung der Sowjet-Republik unterstellt seien. Infolgedessen sei auch die Situation der Filialen dieser Banken in Frankreich unsicher geworden. Deshalb mache es die öffentliche Ordnung erforderlich, daß Maßnahmen ergriffen würden, um den Rechtszustand zu klären. Aus diesem Grunde ist es den fünf russischen Banken in Paris vorläufig unmöglich, Geschäfte für eigene Rechnung oder für die von Aktiengesellschaften zu unternehmen, die nicht in Rußland naturalisiert sind. Eine der Banken will übrigens den Fall durch gerichtliches Urteil entscheiden lassen.

Urteilsverkündigung im Memeler Putsch-Prozeß.

Kowno, 14. Dez. Am Samstag abend erfolgte in dem Prozeß wegen des Putschversuches im Memelgebiet die Urteilsverkündung. Die Angeklagten Keßler und Böttcher wurden zu je acht Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Blumenau zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Weitere sechs Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von ein Jahr vier Monaten bis zwei Jahren acht Monaten. Freigesprochen wurde u. a. der Reichsdeutsche Simoniat. Die Untersuchungshaft wird auf die verhängten Strafen nicht angerechnet. Der verurteilte Böttcher wurde von deutscher Seite als Reichsdeutscher reklamiert; das Gericht hat ihn jedoch nicht als solchen anerkannt.

Amerikanisch-englische Einigung in Sicht.

Radio meldet aus Washington, daß man in amerikanischen politischen Kreisen der Ansicht ist, daß zwischen Amerika und England eine Einigung in der Frage der Verrechnung der amerikanischen Ansprüche herbeigeführt werden wird. Die amerikanische Regierung sei bereit, mit der Rückzahlung der Besatzungskosten länger als zehn Jahre zu warten.

Eine häufige Brandursache, besonders auf dem Lande ist das Wegwerfen von brennenden Zigarren- und Zigarettenresten. Die letzteren sind die gefährlicheren, da sie leichter und stärker brennen als die ersteren. Man achte deshalb unbedingt auf die Unart des leichtfertigen Wegwerfens und gewöhne die Betreffenden nach und nach durch Ermahnung daran, die brennenden Reste durch das Austreten unschädlich zu machen. Der Landwirt kann nicht genug tun, in Scheunen, in Ställen und Wirtschaftsgebäuden und auch in deren Nähe durch Anschlag darauf zu verweisen, daß das Rauchen untersagt, auf alle Fälle größere Vorsicht am Platze ist. Die Möglichkeit, seine Ernte, seine Gebäude um einer Leichtfertigkeit willen zu verlieren, das dürfte gerade in der jetzigen Zeit, wo die Versicherungsverhältnisse noch denkbar ungünstige sind, den Landwirt veranlassen, dieser Warnung volle Beachtung zu schenken. Die Hausangehörigen und das Gesinde können nicht oft genug auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Markt-Gesuch.

Der Gemeinderat **Loffenau** hat um Genehmigung zur Abhaltung eines Viehmarktes, sowie um Erneuerung der Berechtigung zur Abhaltung des bestehenden Krämermarktes auf je sechs Jahre nachgesucht; die beiden Märkte sollen am zweiten Dienstag im Mai und Oktober jeden Jahres stattfinden.

Einwendungen gegen das Gesuch sind bis **2. Januar 1925** beim Oberamt zu erheben.

Neuenbürg, den 9. Dezember 1924.

Oberamt.
Amtmann Heckel.

Bekanntmachung
wegen Abgabe von Umsatzsteuererklärungen für 1924.

Gemäß § 35 des Umsatzsteuergesetzes haben die Umsatzsteuerpflichtigen innerhalb des Monats Januar 1925 eine Steuererklärung über die Umsätze des Kalenderjahres 1924 abzugeben. Dies gilt sowohl für die zur allgemeinen Umsatzsteuer Pflichtigen, wie für die zur erhöhten Umsatzsteuer Pflichtigen, sofern der Veranlagungsabschnitt für sie das Kalenderjahr ist. Es gilt auch für diejenigen zur erhöhten Umsatzsteuer Pflichtigen, für die der Veranlagungsabschnitt kürzer als ein Kalenderjahr ist, soweit sie für die Veranlagungsabschnitte des Kalenderjahres 1924 Steuererklärungen noch nicht abgegeben haben und noch nicht veranlagt sind.

Die Umsatzsteuerpflichtigen im Bezirk des Finanzamts Neuenbürg werden hierdurch aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen bis **spätestens 31. Januar 1925** bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Zur Erleichterung des Veranlagungsverfahrens wird bestimmt:

1. Die Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft, sowie des Gartenbaus werden bis auf weiteres für die Umsätze aus diesen Betrieben — wozu auch die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe gehören — von der Pflicht der Abgabe von Steuererklärungen entbunden.

2. Auch die sonstigen Steuerpflichtigen (Gewerbetreibende, Angehörige freier Berufe usw.) brauchen eine Steuererklärung von sich aus nicht abzugeben, wenn sie auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberzeugung erlangen, daß die Summe der Voranmeldungen, die sie über ihre Umsätze des Kalenderjahres 1924 abgegeben haben, und die Summe der geleisteten Vorauszahlungen ihren tatsächlichen steuerpflichtigen Umsätzen im Kalenderjahr 1924 entspricht.

Vordrucke zur Steuererklärung werden bei dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos abgegeben.

Nach Ablauf des Monats Januar kann denjenigen Umsatzsteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung nicht abgegeben haben, nach dem Ermessen des Finanzamts ein Vordruck zur Umsatzsteuererklärung zur Ausfüllung binnen zwei Wochen übersandt werden. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholende — Geldstrafen bis zu je 5000 RM. erzwungen werden; Umwandlung in Haft ist zulässig. Das Gesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht oder sonst vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit Geld- und Freiheitsstrafen; der Versuch ist strafbar. Bei verspäteter Einreichung einer vom Finanzamt angeforderten Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen.

Neuenbürg, den 12. Dezember 1924.

Finanzamt.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das **Handelsregister** vom 5. Dezember 1924 bei der Firma **Neue Heilanstalt für Lungenkranke, Schömberg**, OA. Neuenbürg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz **Schömberg**, OA. Neuenbürg: Die Gesellschafter-Versammlung vom 29. November 1924 beschloß die Umstellung auf Goldmark und die Erhöhung des bisherigen Stammkapitals von 200000 auf 300000 Goldmark. Die Erhöhung erfolgt durch Heraufsetzung des Nennbetrags der Geschäftsanteile. §§ 4 und 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags wurden geändert. Der bisherige stellvertretende Geschäftsführer Hermann **Bizer**, Apotheker in Schömberg, wurde zum ordentlichen Geschäftsführer und der Dr. jur. Georg **Arfeld** in Kreuznach zum stellvertretenden Geschäftsführer bestellt.

Gemeinde Schwann.

Nadelstamm-holz-Verkauf.

Die schriftlichen bedingungslosen Angebote auf das in Abt. Saumwald des hiesigen Gemeindewalds angefallene **Stamm- und Sägholz I.—VI. Klasse mit 355 Fm.** sind spätestens am **Freitag, den 19 Dezember 1924, abends 7 Uhr**, beim **Schuldh.-Amt** einzureichen, bei welchem auch Auszüge erhältlich sind.

Wollen Sie eine wirklich gute **Bürste, Staubbesen, Schrupper usw.** haben, so machen Sie einen Versuch bei mir, und Sie werden von der Preiswürdigkeit meiner Waren überzeugt sein.

Alfred Mayer, Bürstenwaren,
Verkauf im Hause der Frau Schuler, Alte Pforzheimer-Straße.

NB.: Sämtliche Waren, die bei mir gekauft sind, werden, wenn sie abgenützt, von mir wieder mit nur bestem Material eingezogen. D. O.

Neuenbürg.

Die **Brauerei Leicht** bringt über die Weihnachts-Feiertage einen vorzüglichen

Weihnachtsbock

zum Ausstoß und bitte ich meine verehrl. Kundschaft, Bestellung hierauf baldigst aufgeben zu wollen.

Hochachtungsvoll!
Chr. Kieser.

Höfen, den 14. Dezember 1924.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben, unvergeßlichen Gattin

Pauline Dittus,

für die ehrenvolle Begleitung von hier und auswärts, Kranzniederlegung, für den erhebenden Gesang vom Sängerbund und Kirchenchor, den Schulkameraden und -Kamerädinnen sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Der tieftrauernde Gatte:
Friedrich Dittus mit Verwandten.

Die Zeitungs-Anzeige erreicht den Leser regelmäßig!

Ein- und Mehrröhren Empfangs-Apparate

Rundfunk-Geräte

Akkumulatoren
Annoden-Batterien
Kopfhörer u. Ersatzröhren
Wilh. Wackenhuth, Calw.

Suche laufend zu kaufen:
Buchen- und Tannenscheiter und Roller,
Bündelholz, 23—25 cm. Länge,
Schwarten, gebündelt in 1, 2 und 3 Mtr. Länge
Papierholz, jedes Quantum, gereppelt, ab 7 cm. Zopfstärke,
Vorratholz (Schnittwaren).

Angebote mit äußerster Preisangabe verladen ab Station erbitten an die „Enztäler"-Geschäftsstelle unter R. S. 374

Kein Spänen der Parkettböden mehr nötig!

Parkettfluid erzeugt mühelos und schnell herrliche Böden.
Parkettfluid ist das beste und billigste Reinigungsmittel für Parkett-, Pitschpine- und Linoleumböden, sowie Möbel 2c.

Zu haben bei Seifenfabrik Karl Mahler, Neuenbürg.

Plattfüsse, Senkfüsse, offene Füsse, Salzfluss etc.
behandelt mit Homöopathie und Naturmitteln **H. Maier**, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, **Pforzheim**, Fernruf 2218

Württ. Forstamt Langenbrand.

Wegnenbau.

Am **Samstag, den 20. Dezember 1924, vorm. 11 Uhr**, wird auf der Forstamtskanzlei die **Planierung und Chaussierung** des 752 m langen Verbindungswegs zwischen „Neuer Weinsteige und „Höfener Weg" in der Hut Waldrennach vergeben. Kostenvoranschlag und Bauakten können auf der Forstamtskanzlei eingesehen werden.

Schriftliche Angebote, in Prozenten der Ueberschlagssumme ausgedrückt, sind beim Forstamt einzureichen.

Birkenfeld.

Salz- und Pfeffer-Schnauzer,

Rüde, 1 jährig, 52 cm. Schulterhöhe, **Ia. Rattenfänger, erstklassiger Wächter**, kinder- und geflügelfromm, setzt dem Verkauf aus
Schneidermeister **Strohäcker**, Telefon 12.

Schwann.

Buchen- und Tannen-Brennholz, Kohlen und Briketts
frei Haus empfiehlt
Carl Gentner,
Gärtnerei, Holz- und Kohlen-Handlung, Telefon 12.

Pforzheim.
Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
kann sofort eintreten.
Leibold zur Glocke,
Weiherstraße 23.

Ziehharmonikas,
alte können für neue eingetauscht werden,
Gitarren alte für neue,
Mandolinen alte für neue,
und Geigen.
Konzertzithern von 10 Mk. an, 15 und 20 Mark.
Ziehharmonikas 3, 5, 8, 10—20 Mark.
Reparaturen an **Ziehharmonikas** schnell und billig,
gebrauchte 2-Reiher-Wiener von 10 Mk. an, 12 und 15 Mk.
sowie **Gitarren** bei
G. Hohnloser, Pforzheim,
Bergstraße 27.

Gesucht
400 Mark
gegen zehnfache Sicherheit zu 5½% Monatszins auf vier Monate.

Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.
Morgen Dienstag

Metzelsuppe
mit vorzüglichem Bockbier.
Chr. Kieser.

Neuenbürg.
Weihnachts-Kerzen
in Wachs, Stearin, Paraffin
empfiehlt
Carl Mahler.

Neuenbürg.
Einen eichenen
Diplomaten-Schreibtisch,
neu, in tadelloser Ausführung, preiswert zu verkaufen
J. Keck, Schreinermeister.

Schwann.
Schöne
Speise-Gelberüben
empfiehlt äußerst billig
Carl Gentner, Gärtnerei.

Höfen a. E.
Zwei
Ziegen

hat zu verkaufen
Wilhelm Koppler Witwe.

Rotensol.
Ein 16 Monate altes
Zucht-Rind

ist zu verkaufen. — Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Konto-Büchlein
empf. **C. Meeh'sche Buchhdlg.**

Wunsch-Zettel
Solinger Stahlwaren:

Scheren jeder Art
Brot-, Schlacht- und Küchenmesser, Stähle
Ess- u. Dessertbestecke
v. einf. bis feinst. Ausführg.
Messerputzmaschinen

Stiletts, Taschenmesser
Rasiermesser
Rasiergarnituren und Utensilien
Haarschneidemaschinen
Bartmaschinen usw.

Tafelgeräte

in vernickelt, nickelplattiert, Alpacca poliert und Alpacca versilbert:

Kaffee- und Likör-Service, Kaffee- und Teemaschinen für Spiritus und elektrisch, Tortenplatten, Brotkörbe, Rauchgarnituren, Rauchtische, Teetische und Teewagen
Bestecke aller Art vom einfachsten Kaffeelöffel bis zum feinsten vollständigen Besteckkasten

Besteckhaus P. Einsele,
Pforzheim,
Zerrenner- und Lammstrasse, Telefon 1894.